Nr. 91 Donnerstag, den 18. April 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Bahnhofstraße 13 — Fernruf

Bedrohung der englischen Stellung bei Ypern. — Kriegszustand über Irland.

Die neuen Steuervorlagen.

Ein Überblick.

Branntwein-Monopol — Biersteuer — Weinsteuer — Erhöhung der Schaumweinsteuer — Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken — Erhöhung der Postgebühren — Kriegssteuer für Gesellschaften — Höhere Reichs- und Wechselstempel — Umsatzsteuer — Verhütung der Steuerflucht.

Soeben sind dem Reichstag die vom Bundesrat genehmigten Steuergesetzentwürfe zugegangen. Die elf Vorlagen bilden ein stattliches Bündel und enthalten viele hundert Paragraphen, aus denen nachfolgend eine Gesamtübersicht über das geplante Werk der Stärkung der Reichsfinanzen gegeben sei. Der Reichshaushalt für das eben begonnene Etatsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 2,875 Milliarden (gegen 1,250 Milliarden im Vorjahre). Die neuen Steuern sollen nur diesen Fehlbetrag decken. Deshalb sind auch die jetzigen Steuern, wenn sie durch Annahme im Reichstage Wirklichkeit werden, nur als eine einstweilige Aushilfe zu betrachten, da nach dem Kriege im ersten Friedenshaushalt natürlich wieder die Ausgaben für die jetzt aus den besonderen Kriegsfonds gespeisten Posten Heer und Flotte erscheinen werden. Dazu treten dann die Aufwendungen für den Ausbau, für die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge, die Verzinsung der Kriegsanleihen und die Neuregelung der Beamtengehälter. Kann es sich also nur um eine vorläufige Regelung handeln, so wird doch auf einzelnen Gebieten gründlich und anscheinend für absehbare Dauer auch erschöpfend eingegriffen.

Branntwein-Monopol.

Zum erstenmal erscheint damit ein Reichsmonopol in der Steuergesetzgebung. Der Vorschlag läuft im wesentlichen auf die Verstaatlichung der Spirituszentrale hinaus. Die Monopolverwaltung besteht aus einer Behörde, dem Monopolamt, und einer G. m. b. H. nach dem Muster vieler Kriegsgesellschaften. Die Menge der Destillateure wird durch eine beschränkte Anzahl großer staatlicher Mischanstalten abgelöst. Die Entschädigung der Destillateure verteilt sich auf 10 Jahre und wird sehr bald aus eigenen Mitteln des Monopolamts erfolgen können, so daß zurzeit nur eine Anleihe von 50 Millionen erforderlich erscheint. Bei der Preisfestsetzung wird der Branntwein außerordentlich scharf angefaßt. Aus dem Hektoliter sollen rund 800 M. herausgezogen werden. Ein Zehntel der Branntweinerzeugung bleibt vom Monopol unberührt und der Herstellung der feinen Liköre vorbehalten, von denen eine Banderolesteuer von 1 M. pro Liter erhoben werden wird. Der Monopolpreis für Trinkbranntwein wird nur für die Flasche festgesetzt. Zum Schutze der Verbraucher werden auch ganz kleine Flaschen in den Handel eingeführt werden. Der Gesamtertrag soll 847 Millionen jährlich sein, gegenüber der jetzigen Abgabe ein Mehr von 641 Millionen.

Biersteuer.

Bei diesem Vorschlag ist man von der Rohstoffsteuer zu einer Fabrikatsteuer übergegangen mit Rücksicht darauf, daß sich der Malzgehalt in den letzten Jahren gewaltig verringert hat (von 19 Kilogramm Malz auf ein Hektoliter im Jahre 1916 auf 6,24 Kilogramm im Jahre 1917). Die Sätze werden gestaffelt, so daß kleinere Brauereien weniger getroffen werden als die Großbrauereien. Für Starkbier wird ein Zuschlag von 50%, für Einfachbier ein ebenso hoher Abschlag eingeführt. Neu ist die Festsetzung der Erzeugung, bei deren Überschreitung Zuschläge von 50 bis 100% zu zahlen sind. Der Ertrag der Steuer ist für die Brausteuergemeinschaft auf 401 Millionen, für die Ausgleichsbeträge der süddeutschen Bundesstaaten auf 104 Millionen, von dem gleichzeitig erhöhten Bierzoll auf 8 Millionen geschätzt, im ganzen also auf 513 Millionen gegenüber einem Friedensertrag von 339 Millionen.

Wein- und Schaumweinsteuer.

Die bekanntlich vom Reichstag bisher immer wieder abgelehnte Weinsteuer ist eine einheitliche Wertsteuer in Höhe von 20 %. Nicht nur Traubenweine und Traubenmost, sondern auch weinähnliche Getränke, Obst- und Beerenweine und weinhaltige Getränke wie Wermouth-Wein, sind zu versteuern. Die vorgesehene Nachsteuer trifft auch Weine im Privatbesitz, sobald die Kellervorräte mehr als 30 Flaschen betragen. Der Ertrag wird auf 100 Millionen geschätzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der bisherige Widerstand der Erzeuger nicht mehr gerechtfertigt erscheint, zumal angesichts der gewaltigen Verteuerung des Weines gerade in den letzten Jahren, wo stellenweise ein Fuder Rheinwein von 500 M. auf 5000 M. gestiegen ist, und angesichts der günstigen Wirtschaftslage der Winzer (im Bezirk Trier ist in den Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern von 1916 auf 1917 der Einkommensteuerertrag durchschnittlich um 48 % gestiegen). Gleichzeitig mit der Einführung der Weinsteuer wird die bisher gestaffelte Schaumweinsteuer einheitlich auf einen Satz von 3 M. pro Flasche gebracht und die Banderole durch Kellerkontrolle ersetzt (geschätzter Mehrertrag 20 Millionen).

Mineralwässer und künstliche Getränke.

Um nicht den Ertrag der Steuer aus den alkoholhaltigen Getränken von vornherein zu gefährden, soll auch eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke eingeführt werden, d. h. der natürlichen und künstlichen Mineralwässer (2½ Pf. für die Halbliterflasche), Limonaden (6 Pf.) und der konzentrierten Kunstlimonaden, Syrupe usw. (60 Pf. pro halber Liter). Der Reinertrag ist mit 51 Millionen veranschlagt. In diesem Zusammenhang erhöhen sich auch die bisherigen Kaffee-, Tee- und Kakao-Zölle (Mehrertrag 75 Millionen).

Erhöhung der Postgebühren.

Die Gebühren für den Postverkehr, die schon einmal im Laufe des Krieges erhöht, sollen eine abermalige Steigerung erfahren. Ortsbriefe sollen künftig bis 20 Gramm 10 Pf., darüber 15 Pf. kosten. Die Postkarte soll sich im Ortsverkehr auf 10 Pf., im übrigen auf 15 Pf. versteuern. Die Drucksachen bis 50 Gramm von 3 auf 5 Pf., bis 100 Gramm von 5 auf 7½ Pf., über 100 Gramm von 10 auf 15 Pf. usw. Für Geschäftspapiere, Warenproben und Musterversendungen ist ein Zuschlag von 5 Pf., für 5-Kilo-Pakete weitere Erhöhung von 10 Pf. in der ersten Zone für weitere Entfernungen vorgesehen, die sich bei Paketen über 5 Kilo auf 20 bezw. 30 Pfg. erhöht. Neu herangezogen werden die Postanweisungen, die sich bei Beträgen bis 100 M. um 5 Pf. bei Beträgen über 100 M. um 10 Pf. verteuern sollen. Die Telegrammgebühr erhöht sich von 7 Pf. für das Wort abermals um 1 Pf., die Fernsprechgebühren durchweg um weitere 10 %. Die neuen Gebühren sollen am 1. Oktober in Kraft treten und insgesamt einen Mehrertrag von 125 Millionen jährlich bringen.

Kriegsgewinne der Gesellschaften.

Bei den Plänen für die Kriegsgewinnsteuer hat man für jetzt von einer Erneuerung für physische Personen abgesehen und nur in Gestalt einer besonderen Gesellschaftssteuer, die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. herangezogen. Diese freilich mit erhöhten Sätzen. Es ist ein Normalsatz von 60 % vorgesehen und eine Verminderung, so daß sich bei Gewinnen unter 500 000 M. Sätze von 30, 36, 42, 48 und 54 % ergeben. Der Einheitssatz von 60 % wird erhoben bei Mehrgewinnen von 500 000 M. vorausgesetzt, daß die Verzinsung des Grund- oder Stammkapitals mehr als 25 % erreicht, und von allen Mehrgewinnen, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, bei Mehrgewinnen von mehr als eine Million. Hier handelt es sich natürlich nur um eine einmalige Steuer (da ja nach dem Friedensschluß Kriegsgewinne nicht noch einmal besteuert werden können). Der Ertrag wird auf 500 bis 600 Millionen geschätzt.

Die Stempelabgaben.

Es soll eine Erhöhung des Wechselstempels von ½ ‰ auf ⁶/₁₀ ‰, eine Erhöhung des Talonsstempels, eine Erhöhung der Tantièmesteuer von 8 auf 20 % und endlich eine neue Besteuerung des Börsenumsatzes durch Erhöhung des Schlußnotenstempels erfolgen, welch letzterer gleichzeitig abgestuft wird, und zwar zwischen Kundengeschäften auf der einen und Geschäften der gewerbsmäßigen Effektenhändler unter sich auf der andern Seite. Neu ist, daß auch Reichs- und Staatsanleihen, ja sogar die Kriegsanleihen künftig dem Börsenstempel unterliegen sollen; Kriegsanleihen freilich zu noch niedrigerem Satze als die übrigen Reichs- und Staatsanleihen. Der Mehrertrag ist auf 200 Millionen veranschlagt.

Umsatzsteuer für Waren und Leistungen.

Rund eine Milliarde soll aus dieser Besteuerungsart gewonnen werden. Der Warenumsatzstempel wird von 1‰ auf 5‰ erhöht, zugleich aber sollen künftig nicht nur Waren, sondern auch Leistungen getroffen werden, also beispielsweise die Kostenaufstellungen der Ärzte und Rechtsanwälte, die Werke von Schriftstellern und Künstlern, die Zeitungsinserate usw. In den Warenumsatzstempel ist auch eine Luxussteuer hineingearbeitet: für Luxuswaren (Juwelierwaren, kunstgewerbliche Arbeiten, Antiquitäten, Musikinstrumente, Handwaffen, Land- und Wasserfahrzeuge mit Motorbetrieb, Teppiche und Pelzwerk) steigen die Sätze bis 20‰.

Gegen die Steuerflucht.

Den Abschluß des ganzen Werkes bildet ein für Deutschland völlig neues Gesetz, ein Steuerfluchtgesetz, das die Abwanderung der Kapitalisten verhüten soll. Es besteht zweifellos die Gefahr, daß in der Übergangszeit, unmittelbar nach dem Aufhören der scharfen Grenzkontrolle, manche Kapitalisten sich an schön gelegene Steueroasen des neutralen Auslandes zurückzuziehen versuchen werden. Das Gesetz bestimmt, daß alle abwandernden Personen künftig noch für 5 Jahre steuerpflichtig gegenüber dem Reich, den Bundesstaaten wie den Kommunen bleiben und verpflichtet sind, eine 20 %ige Sicherheit von ihrem Gesamtvermögen bei der Abwanderung zu hinterlegen. Zu den angedrohten Strafen kommt im Falle der Steuerflucht die Ausbürgerung und Ausweisung hinzu, die sich auch auf Frauen und Kinder erstreckt und auch diesen für alle Zeit die Rückkehr in die alte Heimat unmöglich machen würde.

Bedrohung der englischen Stellung bei Ypern.

TU. Haag, 18. April. Die holländische Presse sagt, durch die Einnahme von Bailleul sei der Weg an die englischen Stellungen von Ypern zu drei Vierteln geschlossen worden. Die Engländer könnten der Gefahr nur durch sofortige Räumung der Ypernstellung entgehen.

Kriegszustand über Irland.

TU. Basel, 18. April. „Daily Mail" meldet u. 17. April die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Irland.

Baron Burian, Czernins Nachfolger.

Budapest, 17. April. Kaiser Karl hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Burian von Rajecz zum Hausminister und zum Minister des Äußeren ernannt.

Nachfolger des Grafen Czernin ist nun ein Mann geworden, der in der Erörterung über den vermutlichen Leiter der Außengeschäfte der Donaumonarchie fast gar nicht genannt worden ist. Und dennoch ist seine Ernennung keine Überraschung; denn wer im Verlauf des Streites Czernin-Clemenceau aufmerksam die Wiener und Budapester Zeitungsstimmen verfolgt hat, konnte aus ihnen ersehen, daß die Bündnispolitik eine starke Betonung erfuhr. Der Mann aber, der während des Weltkrieges diese Bündnispolitik fast noch schärfer betont hat, war Baron Burian, der bereits von Januar 1915 bis Dezember 1916 die äußere Politik der Donaumonarchie leitete. Clemenceau hat also das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. Die Person des Ministers des Äußeren hat gewechselt, der Kurs bleibt der alte. Die Ernennung Baron Burians ist als eine Bekräftigung der von Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm gerichteten Depeschen anzusehen. Die ungestörte Fortführung der Bündnispolitik wird durch die Bemerkungen bestätigt, die in der ungarischen amtlichen Veröffentlichung an die Nachricht von der Ernennung des Barons v. Burian geknüpft werden. Als Grund für sie wird ausdrücklich die politische Vergangenheit des neuen Mannes angegeben, der in alle schwebenden Fragen eingeweiht ist. Frhr. v. Burian, der gegenwärtig im 67. Lebensjahre steht, hat den größten Teil seiner diplomatischen Laufbahn in Rußland und auf dem Balkan zurückgelegt, er kennt also gerade diejenigen Verhältnisse sehr genau, deren Regelung durch den Ostfrieden brennend geworden ist. Auf das innigste vertraut ist er namentlich mit der südslavischen Frage, mit der er sich als oberster Verwaltungschef Bosniens und der Herzegowina jahrelang beschäftigt hat und auch jetzt noch beschäftigen muß. In Deutschland wird man die Ernennung Burians mit Genugtuung begrüßen, denn während seiner Tätigkeit als Minister des Äußern hat er stets Wert darauf gelegt, alle politischen Entscheidungen, die so auf Jahrzehnte hinaus das Schicksal Europas beeinflussen, in engster Fühlungnahme mit der deutschen Reichsleitung zu fassen. Man wird also seiner Amtsführung in Deutschland vollstes Vertrauen entgegenbringen.



Baron Burian von Rajecz

*

Rücktritt des Kabinetts Wekerle.

Budapest, 17. April.

Das Kabinett Wekerle hat beschlossen, seine Demission zu geben. Die Entscheidung des Kaisers ist noch nicht bekannt. Es gilt als möglich, daß Wekerle mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird.

Der Beschluß des Kabinetts wurde in einer Ministerkonferenz gefaßt, in der zum Ausdruck kam, daß die derzeitige Regierung nicht über die Mittel verfügt, die Wahlreform durchzuführen. Wekerle wird wahrscheinlich — nach Rücksprache mit Tisza — das Kabinett umbilden, d. h. die Minister, die einem Abkommen über die Wahlreform, das der Opposition Zugeständnisse macht, werden ausgeschifft werden. Man hofft in politischen Kreisen, daß damit der Weg für die Wahlreform endgültig geebnet ist.

Die Schlacht im Lys-Gebiet.

England in schwerster Sorge.

Mit dem Verlust von Wytschaete und Passchendaele haben die Engländer die heißumstrittensten Punkte der Flandernschlacht verloren. Sie galten ihnen einst als Symbol. Ihre Einnahme beweist, daß alle Mittel nicht



Die Kämpfe um Bailleul

helfen, daß alle Reserven nicht genügen, dem deutschen Vorstoß Halt zu gebieten. Und mag auch die halbamtliche Pariser Presse noch so oft schreiben, der deutsche Vormarsch sei zum Stehen gekommen — er geht unaufhaltsam weiter. Daß man in England die Lage anders beurteilt, zeigt die Wochenübersicht der „Daily Mail", in der es heißt: Mit dem Schicksal Amiens' ist das Los Londons unlösbar verknüpft. Amiens zu verteidigen heißt London verteidigen. Amiens verlieren bedeute für Frankreich den Verlust der englischen Hilfe in ihrem jetzigen Umfang. Dabei ist der große neue Verlust zwischen La Bassée und Wytschaete noch nicht berücksichtigt. Mit diesem Verlust hat England seit dem 21. März fast zwei Drittel seiner Gesamtfront verloren.

*

Passchendale und Wytschaete erstürmt.

Heftige Kämpfe an der Somme.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 17. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutdurchtränkten Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht besetzte die Armee des Generals Sixt von Armin Passchendale und schob auch bei Beselaere und Gelueld ihre Linien vor! — Nördlich von der Lys erstürmten die Truppen des Generals Sieger in den frühen Morgenstunden das Dorf Wytschaete, warfen den Feind trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nordöstlich und westlich vom Orte und wiesen starke Gegenangriffe ab.

Den südwestlich von Wulvergem in rückwärtige Linien ausweichenden Gegner drängten wir über den Douve-Bach zurück. Bailleul und die zäh verteidigten Stützpunkte Cappelynde nördlich von Bailleul und Meteren wurden genommen. Mit starkem Kräfteeinsatz versuchte der Engländer, gestützt durch Franzosen, vergeblich Meteren und das verlorene Gelände beiderseits von Merris zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuerkämpfe, die auch während der Nacht namentlich südlich von der Somme anhielten.



Macedonische Front.

In Vorfeldkämpfen in der Struma-Ebene nahmen bulgarische Stoßtruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

*

Poelcappelle und Langemarck genommen

wtb. Berlin, 17. April, abends. (Amtlich.) Auf dem Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht wurden Poelcappelle und Langemarck genommen.

*

Der U-Boot-Krieg.

Wieder wertvolle Schiffsladungen versenkt.

Berlin, 17. April.

Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen 5 Dampfer und 2 Segler versenkt.

Hiervon waren bewaffnet der griechische Dampfer „Kithira" von 2240 Br.-Reg.-To. und der französische Dampfer „Oued Sebou" von 1540 Br.-Reg.-To., auf letzterem befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze, je eine 9-Zentimeter- und 7,5-Zentimeter-Kanone, wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot hat 27 To. Gummi und 5 To. Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Englische Minen in der freien Fahrrinne.

Berlin, 17. April.

Am 6. April ist der belgische Reliefdampfer „Ministre de Smet Naeyer" und am 8. April der belgische Reliefdampfer „Flandres" in der freien Fahrrinne zwischen dem deutschen und englischen Sperrgebiet auf Minen gestoßen und gesunken. Es sind ferner in letzter Zeit auch mehrere holländische Fischerfahrzeuge in der freien Fahrrinne durch Minen verlorengegangen. Laut Mitteilung der holländischen Zeitung „Telegraaf" vom 17. März morgens enthält die englische Zeitung „The British News" die amtliche englische Mitteilung, daß keine englischen Minen in der freien Fahrrinne oder in deren Nähe und außerhalb der von der englischen Marine bekanntgegebenen Gebiete gelegt seien.

Da, wie hiermit ausdrücklich festgestellt wird, von deutscher Seite in der freien Fahrrinne keine Minen gelegt worden sind, kann es sich nur um feindliche Minen handeln.

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

17. April. An der Flandernfront wird Passchendaele besetzt, Wytschaete erstürmt und Bailleul genommen. Englische Gegenangriffe brechen unter schweren Verlusten zusammen. — An der Somme heftige Feuerkämpfe. — An der macedonischen Front werden von den Bulgaren 155 Engländer gefangen.

Englische Verschleierungsversuche.

Was man von amtlichen englischen Erklärungen über die durch den U-Boot-Krieg geschaffene wirtschaftliche Notlage zu halten hat, erhellt aus folgenden sich stracks widersprechenden Behauptungen des Ersten Lords der Admiralität Sir Eric Geddes, und seines Bruders Sir Auckland Geddes. Ersterer sagte wörtlich im Parlament über den Schiffbau:

„Wir waren berechtigt, einer stetigen großen Vermehrung der Schiffsbauleistung entgegenzusehen. Leute, Material und Leistungsfähigkeit, alles war vorhanden. Der ernstliche Abfall der Neubauten läßt sich nur durch Unruhe unter den Arbeitern erklären."

Demgegenüber heißt es in der eine Woche zuvor gehaltenen Rede des Hilfsdienstministers Sir Auckland Geddes, der „Times" zufolge:

„Eine Folge der Verzögerung bei der Herüberschaffung von Material aus Amerika besteht darin, daß die Herstellung herabgesetzt werden muß, und daß weniger Männer und Frauen Beschäftigung finden, da ein gewisser Überschuß an Arbeitskräften in den Fabriken entstehen wird."

Der eine der Gebrüder Geddes behauptet also, daß Rohstoffe in genügender Menge vorhanden wären, der andere behauptet das Gegenteil! Eines von beiden kann nur wahr sein. Wer lügt?

*

Die Einnahme der Festung Batum.

Der türkische Heeresbericht von der Kaukasusfront meldet: Die Festung Batum ist gefallen. Nachdem der hartnäckig sich verteidigende Feind Schritt um Schritt auf den Gürtel der Festung zurückgedrückt worden war, begann am 13. abends der Angriff auf die Werke der Südostfront. In erbittertem Ringen gelang unseren tapferen, von frischem Angriffsgeist beseelten Truppen der Einbruch in die stark verdrahteten und ausgebauten Werke dieser Front. Während im weiteren Verlauf des Angriffs einige Nachbarwerke die weiße Flagge hißten, leisteten andere bis zum letzten Augenblick zähen Widerstand. Die Besetzung der Stadt und des Hafens vollzog sich ohne Kampf. Eine Abordnung der Bürger begrüßte unsere Truppen. In der Stadt herrscht Ruhe. — Die Zahl der Gefangenen und die Beute sind noch nicht festgestellt. Die blutigen Verluste des Gegners sind schwer.

Kleine Kriegspost.

Basel, 17. April. Nach einer Havasmeldung hat die belgische Militärbehörde beschlossen, sich ebenfalls dem einheitlichen Oberbefehl Fochs zu unterstellen.

Genf, 17. April. Wie aus Paris amtlich gemeldet wird, hat das weittragende Geschütz die Beschießung der Stadt am 16. d. Mts. fortgesetzt. 13 Tote, 45 Verwundete.

Rotterdam, 17. April. Eine Anfrage im englischen Unterhause, ob die Regierung Sicherheiten für die Räumung Wladiwostoks geben könne, wenn die Ruhe wiederhergestellt sei, beantwortete der Regierungsvertreter verneinend.

Amsterdam, 17. April. Das englische Unterhaus hat mit 301 gegen 103 Stimmen das Mannschaftsgesetz in dritter Lesung angenommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✠ **Die Abordnung der vereinigten Landesräte von Livland, Estland, Riga und Oesel** ist jetzt in Berlin eingetroffen. Die Abordnung, der außer Deutsch-Balten auch Esten und Letten angehören, wird vom Reichskanzler nach dessen Rückkehr aus dem Hauptquartier empfangen werden, und ihm bei dieser Gelegenheit die bekannten Wünsche ihrer Heimat nach einem engen Anschluß an das Deutsche Reich, wie sie bereits in der Huldigungsdepesche an den Kaiser zum Ausdruck kamen, aussprechen.

Hinter Wolken leuchtende Sterne.

Original-Roman von **Carl Schilling**.

19) (Nachdruck verboten).

Wo blieb denn seine Willenskraft? Gab's keine Fesseln für die Dämonen werdender Leidenschaft, hatte er kein Mittel, jene Gedanken zu töten, die ihn wie scheue Vögel unheimlich umflatterten? Allmutter Arbeit, spendest du nicht auch dem Elendesten Trost und Kraft, wenn er sich mit ernstem Sinne an deine Brust wirft?

Und Helmer arbeitete. Seine Abhandlung über den gotischen Imperativ nahm er wieder vor und suchte Stein für Stein aus dem harten Felsen der Wissenschaft zu brechen und zum Kunstbau der Wahrheit zu fügen.

Bis lange nach Mitternacht brannte seine Studierlampe, und nicht eher legte er die Feder aus der Hand, bis ihm die Augen schmerzten und die Schläfen hämmerten. Dann legte sich wohl bleierner Schlaf auf seine Lider, aber am Morgen stand er auf mit bleichen Wangen, tiefumrandeten Augen, daß ihn die Kollegen teilnehmend warnten und zur Vorsicht rieten.

Und ach, wo blieb der tiefe Segen aller Mühe? Wohl schritt sein Werk vorwärts, aber das, was ihn sonst beglückte, die Freude am Schaffen und der Stolz am Gelingen, blieb aus. Was Helmer als letztes Ziel bezweckte, erfüllte sich nur scheinbar. Die Träume des Herzens, das Verlangen nach Caritas mußten der Wucht der Arbeitsgedanken weichen, und die Sehnsucht schwieg, ob sie aber starb?

Jede Mißhandlung der Natur rächt sich. Tagelang hatte Dr. Helmer so seinen Geist gasteit und den Körper vernachlässigt, da ertappte er sich eines, wie ihm in einem Raum minutenlangen Aufblicken von seiner Arbeit ein holdes Antlitz lebensdeutlich zuzunicken schien. „Caritas!" rief er unwillkürlich — da ging die Vision von ihm.

Die folgende Nacht war schlimm. Unruhig warf er sich auf dem Lager hin und her. Vergeblich versuchte er, den Schlaf zu erzwingen. Sein aufgeregtes Nervensystem versagte den Dienst.

Dafür kamen Gedanken gekrochen, unheimliche, finstere, wie sie die schlaflose Nacht gebiert: er kannte einen Studienfreund, der hatte in ähnlichem Tollsinn, wie er jetzt, gearbeitet, und das Ende war, daß er körperlich zusammenbrach und sein Geist dem Wahnwitze verfiel. Sollte sein Schicksal ein gleiches werden? Nein und aber nein! Eher tot! —

Dr. Helmer setzte den nächsten Tag mit seiner Arbeit aus, unternahm einen Ausflug in das idyllisch gelegene Schweizertal und kam an Seele und Leib gekräftigt heim.

Elfride, die Treue, die Reine, konnte sie nicht der rettende Engel in diesen Herzensnöten werden? Noch am gleichen Tage schrieb er ihr einen Brief, so warm und gut wie selten! Ach, fühlte er nicht, daß ein Teil der Glut, die er jenem Schreiben gab, einer anderen als seiner blinden Braut galt?

Er versuchte, mit der Kraft seiner Gedanken die ferne Geliebte zu umspannen, sie sich in treuer Lebensfrische vor die Seele zu stellen und vermochte doch nicht zu wehren, daß sich in ihr Antlitz die feinen Fältchen von Caritas Stirne stahlen, daß ihm hinter langen seidenen Wimpern ihre schelmischen grauen Augen grüßten und unwillkürlich zum Vergleiche zwangen. Besäße er ein Bildnis seiner Braut, schön und wahr, das würde ihn täglich mahnen, mit dem konnte er stündlich sprechen, das würde der Talisman sein, vor dem die falschen Regungen zerrannen!

Und Helmer schrieb an Neuberts und an Elfride und bat, sie solle sich bei einem tüchtigen Photographen photographieren lassen und ihm ihr Bild eilends schicken, sonst müsse er vor Sehnsucht nach ihr schier vergehen.

Ach, hätte er gesehen, wie Elfride beim Lesen dieser Zeilen den Bogen immer wieder küßte und ihn mit Zähren heißen Glückes netzte — ein Schwert wäre durch seine Seele gegangen.

Das Bild kam, noch ehe sechs Tage vergingen. Ein Alltagsphotograph versuchte ehrlich, sein Bestes zu geben, und doch: die Haltung steif und gekünstelt, der theatralische Hintergrund zu Elfridens schlichtem Wesen nicht im geringsten passend, die Augen ungeschickt retouchiert. War das seine Elfe?

Ein jäher Schmerz der sich fast zum Widerwillen steigerte, befiel Manfred beim Betrachten dieser Aufnahme. Dann nahm er das Bild und zerbrach es in viele kleine Stücke und warf sie langsam in die glimmende Asche seines Ofens. Als die Gluten mühsam und doch beharrlich an dem Opfer leckten, da war es ihm, als stürbe in seinem Herzen etwas, was er sehr lieb gehabt. —

Studienrat Fiedler wunderte sich, daß Dr. Helmer so beharrlich jeder persönlichen Beziehung zu dem Hause seines Direktors auszuweichen schien. Er machte sich Gedanken, den jungen Kollegen vielleicht unbewußt verletzt zu haben, oder hatte seine Gattin oder Caritas ihm in irgend einer Weise Gelegenheit gegeben, sich gekränkt zu fühlen, hatten ihm die doch harmlosen Scherze des Baumeisters wehe getan, oder was war eigentlich der Grund zu seinem eigenartig — scheuen, fast trotzigen Wesen?

Fiedler liebte die Klarheit, und in einer vertraulichen Stunde sprach er sich Helmer gegenüber in diesem Sinne aus und bat ihn mit väterlicher Herzlichkeit, ihm rückhaltlos zu offenbaren, ob und wodurch er das schöne Vertrauen Helmers verloren habe.

(Forts. folgt.)

✦ Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich Mittwoch weiter mit dem Haushaltsvoranschlag für die Marineverwaltung, wobei Staatssekretär v. Capelle auf verschiedene Ausführungen der Abgeordneten erwiderte, persönlich sei er kein Gegner der Beamtenausschüsse, aber er könne in dieser Richtung jetzt keinerlei Zusicherung geben. Bei der Abstimmung werden die angeforderten Intendanturräte gestrichen, nur fünf Intendantursekretäre bewilligt, der Antrag über die Beamtenausschüsse angenommen, die einmaligen Ausgaben ohne Erörterung genehmigt. Damit ist der Marineetat erledigt.

✦ In der Verordnung des Bundesrats über „Maßnahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs", die jetzt veröffentlicht wird, lautet die wichtigste Bestimmung dahin, daß die Landeszentralbehörden mit Zustimmung des Reichskanzlers Bestimmungen erlassen können, durch die der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zuzug ortsfremder Personen in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen sowie in solchen Orten, die weniger als 6000 Einwohner zählen, in der Zeitdauer oder in anderer Weise beschränkt werden. Wer den entsprechenden Bestimmungen der Landeszentralbehörden zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Haft bestraft.

× Die Lösung der irischen Frage soll nun auf der Grundlage zustande kommen, daß die Wehrpflicht in Irland nicht eingeführt wird, ehe nicht die Selbstverwaltung eingeführt ist. Lloyd George droht mit seinem Rücktritt, wenn das Oberhaus die Selbstverwaltung für Irland ablehnt. Damit bekennt Lloyd George, daß er den Iren gegenüber eine Niederlage erlitten hat, und daß er ohne die Selbstverwaltung für Irland über die Dienstpflichtfrage stürzen müsse.

Rußland.

× Eine Trennung Petersburgs von Moskau soll nach französischen Berichten vom Petersburger Sowjet geplant sein. Aus den Gouvernements nördlich der Wolga und Kama soll eine neue nordrussische Republik mit der Hauptstadt Petersburg gebildet werden. Die innere Lage Rußlands soll nach übereinstimmenden Berichten geradezu entsetzlich sein. Handel und Verkehr stocken gänzlich; die Arbeit liegt überall still. Die Ernährungsschwierigkeiten wachsen mit jedem Tage.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. April. Der Kaiser hat gestern den Staatssekretär v. Kühlmann zum Vortrag empfangen.

Dessau, 17. April. Zur Erkrankung des Herzogs von Anhalt heißt es in einer Erklärung der behandelnden Ärzte, daß Grund zur unmittelbaren Besorgnis nicht vorliegt.

München, 17. April. In der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte der Minister des Innern, daß Bayern sich im Bundesrat gegen die vom Reich versuchte Herabsetzung der Brotgetreidemenge für landwirtschaftliche Betriebe ausgesprochen habe. Eine Aufhebung der Selbstversorgung ist nicht geplant.

Wien, 17. April. Kaiser Karl ist von Budapest hierher zurückgekehrt.

Haag, 17. April. „Morningpost" meldet aus Madrid den Abschluß eines deutsch-spanischen Handelsvertrages, der den Austausch gewisser Waren über Schweizer Gebiet vorsehe.

Haag, 17. April. Der frühere holländische Gesandte in Amerika Rappard erklärte in einer Unterredung, Holland würde aus Amerika nur wenig Getreide erhalten, da Amerika für sich selbst und seine Verbündeten sorgen müsse.

Rotterdam, 17. April. Das englische Kriegszielkomitee hat des Fürsten Lichnowskys Aufzeichnungen als Flugblatt mit der Überschrift „Schuldig" herausgegeben.

Amsterdam, 17. April. In der holländischen Zweiten Kammer gab die Regierung die Erklärung ab, sie werde unter keinen Umständen die (wegen der Lebensmittelknappheit vielfach geforderte) Ausweisung von Ausländern verfügen.

Riga, 17. April. Kaiser Wilhelm hat der St. Johannis-Gilde, dem Börsenkomitee und der Kaufmannskammer für ihre Huldigungsgrüße seinen Dank ausgesprochen.

Warschau, 17. April. Die aus der Schweizer Presse stammende Nachricht, daß in Petersburg eine polnische Gesandtschaft errichtet worden ist, entspricht nicht den Tatsachen.

Warschau, 17. April. Nach dem „Kurjer Warszawki" ist der Termin der Einberufung des Staatsrates auf den 3. Mai festgesetzt worden.

Paris, 17. April. **Bolo Pascha ist heute Morgen in Vincennes erschossen worden.**

Bern, 17. April. Die französische Presse beschäftigt sich noch immer mit dem Briefe Kaiser Karls und erklärt, die Hauptfrage sei, warum der Schritt des Kaisers keine Folgen gehabt habe.

Deutscher Reichstag.

(147. Sitzung.) TB. Berlin, 17. April.

Vor sehr schwach besetztem Hause trat heute der Reichstag in die Beratung des

Haushaltanschlages für die Postverwaltung

ein. Es liegt ein Beschluß des Hauptausschusses über eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes vor, wodurch vornehmlich die Gehälter der gehobenen Unterbeamten verbessert werden sollen.

Abg. Meyer-Herford (natl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Diese Ergänzung des Besoldungsgesetzes beschloß der Reichstag schon 1914, leider ist ihr aber der Bundesrat nicht beigetreten, da er sie während des Krieges für undurchführbar hielt. Wir sind anderer Meinung und erheben die Forderung von neuem. Redner begrüßt dann den neuen Staatssekretär und macht Mitteilungen über den gestiegenen Postverkehr. 1917 sind durchschnittlich täglich nach dem Felde 10,5 Millionen Briefsendungen und 1,9 Millionen Päckchen aufgeliefert worden. Bei den Feldpostanstalten wurden täglich 4,8 Millionen Briefsendungen aufgegeben. Der gesamte Feldpostverkehr umfaßte 17 Milliarden Sendungen im Jahre 1917.

Staatssekretär des Reichspostamts Rädlin: Die Mehrausgaben entfallen im wesentlichen auf den ordentlichen Etat und zwar in der Hauptsache auf die erhöhten Fahrkarten und den Fernsprechverkehr. Im außerordentlichen Etat entstehen die Mehrforderungen hauptsächlich durch die Anlage unterirdischer Kabel. Bei der Einrichtung neuer Stellen waren wir sparsam, die Zahl der angestellten Hilfskräfte hat zugenommen. Dabei steht nicht immer der rechte Mann auf dem rechten Platz, trotzdem fallen die Postdiebstähle nicht ausschließlich den Beamten zur Last. Die Postbeförderung durch die Straßenbahnen hat sich bewährt, wir wollen sie auch im Frieden beibehalten. Die Lage der Postbeamten soll dadurch gebessert werden, daß die Gehälter möglichst in Einklang mit den Teuerungsverhältnissen gebracht und gehalten werden. In diesem Jahr soll dem Personal auch wieder der volle Erholungsurlaub wie vor dem Kriege gewährt werden. (Beifall.)

Abg. Nacken (Zentr.) schließt sich dem Dank des Berichterstatters für die großen Leistungen der Postverwaltung an und gedenkt der Post- und Telegraphenbeamten, die ihr Leben vor dem Feinde für das Vaterland gelassen haben. Das Hauptaugenmerk der Post müsse jetzt auf Verhütung der vielen Diebstähle gerichtet sein, die nicht immer auf bösen Willen ihrerseits oft auch auf die Not der Hilfsangestellten zurückzuführen seien. Der von der Post geleistete Schadenersatz sei von 300 000 Mark im Jahre 1914 auf 3,1 Millionen Mark im Jahre 1917 gestiegen. Redner klagt dann noch über die Paketbeförderung, die viel zu langsam sei, so daß zahlreiche Lebensmittel verdürben.

Staatssekretär des Reichspostamts Rädlin: Die gewiß bedauerlichen Postdiebstähle werden so lange nicht verhütet werden können, als wir kein eingearbeitetes, zuverlässiges Personal haben. Viele Sendungen gehen übrigens schon auf dem Wege zur Post, viele auf der Eisenbahn verloren. Die 3 Mark für ein Kilo verloren gegangener Sendungen, die von der Post als Schadenersatz gezahlt werden, sind natürlich ein unzulänglicher Ersatz, aber während des Krieges kann das Entschädigungsgesetz nicht geändert werden.

Abg. Taubadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind auf die während des Krieges gesunkene Moral zurückzuführen. Entschieden zu verwerfen sind Einschränkungen der Portofreiheit für Feldpostsendungen. Nicht angebracht ist die Wiedereinführung von Ostmarkenzulagen für Postbeamte.

Abg. Hubrich (Vp.): Daß der neue Staatssekretär nicht vom Bau ist, ist kein Unglück. Gerade die vielbespöttelte Ära des Husarengenerals v. Podbielski war reich an großzügigen Postreformen. Wir vertrauen dem neuen Staatssekretär.

Das Haus vertagt sich darauf auf morgen 3 Uhr.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 19. April.

Sonnenaufgang	5^{58}	Monduntergang	3^{10} V.
Sonnenuntergang	8^{32}	Mondaufgang	1^{9} N.

1824 Englischer Dichter Lord Byron gest. — 1882 Charles Darwin gest. — 1885 Afrikareisender Gustav Nachtigal gest. — 1906 Französischer Physiker Pierre Curie, Entdecker des Radiums, gest. — 1916 Generalfeldmarschall v. d. Goltz gest. — 1917 Der Bundesrat genehmigt die Aufhebung des Jesuitengesetzes und die Beseitigung des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes. — Bildung des spanischen Ministeriums Prieto. — Schlacht bei Gaza (Sinaifront).

□ **Zahlt pünktlich die Versicherungsprämie!** Nach § 39 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist der Versicherer von der Pflicht zur Erfüllung des Vertrages befreit, wenn er bei Verzug der Prämienzahlung den Versicherten unter Stellung einer Frist gemahnt, mit dem Zusatz, daß er nach Ablauf der Frist nicht mehr an den Vertrag gebunden sei. — Diese Bestimmung wurde in einer kürzlichen Entscheidung des Reichsgerichts zum Nachteil der Witwe eines Kaufmannes angewandt, der sein Leben bei einer Gesellschaft in Halle versichert hatte und mit einem geringfügigen Betrage (Verzugszinsen) im Rückstande geblieben war. Die Gesellschaft hatte ihn zwei Monate nach Fälligkeit zur Zahlung einer rückständigen Prämie ersucht und bemerkt, daß sich der Betrag vom 17. April 1915 ab um 6 Pf. Verzugszinsen für jeden Tag erhöhe. Am 23. August 1915 wurde die rückständige Prämie von einem Verwandten des Versicherten gezahlt, ohne jedoch die Verzugszinsen von 6 Pf. für den Tag, insgesamt 7,68 M., zu begleichen. An demselben Tage starb der Kaufmann. Die Gesellschaft sandte die Prämie zurück und weigerte sich, die Versicherungssumme zu zahlen. Das Reichsgericht wies als Revisionsinstanz die Klage der Witwe ab, da beim Ableben ihres Mannes dessen Zahlungspflicht gegen die Versicherungsgesellschaft nicht völlig erfüllt gewesen sei.

So hat der Versicherte, bzw. dessen Nachkommen, wegen des geringfügigen Betrages von 7,68 M. die Summe von 10 000 M. eingebüßt, während der Versicherer ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Der Fall ist lehrreich und mahnt dringend, jede berechtigte Forderung einer Versicherungsgesellschaft auf das gewissenhafteste zu erfüllen.

○ **Falsche 50-Mark-Reichsbanknoten.** Seit einiger Zeit sind Nachbildungen der Reichsbanknoten zu fünfzig Mark mit dem Datum des 21. April 1910 und mit verschiedenen Nummern zum Vorschein gekommen. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß sie keine Fasern haben, sondern daß die Fasern durch einen gelbbraunen Aufdruck ersetzt worden sind. Das Reichsbankdirektorium setzt für denjenigen, der zuerst einen Verfertiger oder wissentlichen Verbreiter dieser Nachbildungen dergestalt anzeigt, daß die Täter zur Untersuchung gezogen und bestraft werden können, eine Belohnung von 3000 Mark aus, die es sich vorbehält, unter besonderen Umständen noch zu erhöhen.

✱ Vermehrte Seifenzuteilung. Während der Monate April oder Mai 1918 dürfen über die am 21. Juni 1917 festgesetzte Menge hinaus einmal 50 Gramm Kriegsseife gegen Vorlage der Seifenkarte abgegeben werden.

✱ Der deutsche Heimarbeiterinnentag hielt in Berlin seine 5. Verbandstagung ab. Die Kaiserin hatte eine Vertreterin zu den Verhandlungen entsandt, ebenso waren Regierung und Behörden stark vertreten. Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl von 8366 im Jahre 1913 auf 17 100 gestiegen. In mehreren Vorträgen wurde die Notwendigkeit der Erhaltung der Heimarbeit, die Sicherung des Familienlebens, staatliche Hilfe und Schutz für die Heimarbeiterinnen gefordert.

✱ **Der Umrechnungskurs zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und der Ukraine** ist jetzt durch Vereinbarung bis zum 15. Juni 1918 festgesetzt worden. Danach gilt 1 Mark gleich 75 Kopeken, 1 Krone gleich 50 Kopeken. Dieser Kurs gilt für Zahlungen der Mittelmächtetruppen in der Ukraine, für unmittelbaren Austausch monopolisierter Waren, für staatlich genehmigte Warenverträge der Zentralorganisationen, für Zahlungen in der Ukraine aus Verträgen, durch die von den Regierungen vereinbarte Warenmengen aus- und eingeführt werden, sowie aus Warenverträgen, die freie Ein- und Ausfuhr genießen werden. Festgestellt wurde, daß dieser Umrechnungskurs weder für den reinen Geld- oder Valutaverkehr, noch für andere als die genannten Geschäfte gilt.

Paderborner Stadtchronik.

§ **Zum Ableben des Handelsschuldirektors Iseken** sandte der Dezernent im Provinzial-Schulkollegium in Münster, Geh. Reg.-Rat Brettschneider, folgendes Beileidsschreiben: „Dem Kuratorium der Städtischen Handelslehranstalten spreche ich mein herzliches Beileid aus bei dem unerwarteten Tode des Direktors Iseken. Er war nicht nur als Anstaltsleiter vorbildlich wegen seiner Gewissenhaftigkeit, Tüchtigkeit und Treue, sondern auch mir als Revisor ein umsichtiger und unermüdlich fleißiger Mitarbeiter."

):(Der gestrige Wochenmarkt war wieder nur mäßig beschickt und was da war, wurde zu hohen Preisen verkauft, die mit den Preisen anderer Städte nicht verglichen werden können. Auch der Mangel an Spinat und Salat ist in Paderborn unbegreiflich groß. Wie uns berichtet wird kann man in Nachbargroßstädten Spinat und Salat in beliebigen Mengen und in fast allen einschlägigen Geschäften kaufen. Das Angebot ist dort gar so groß, daß in den Fensterauslagen Spinat für 45—60 Pfg. und Salat für 38 Pfg. angepriesen wird. Anderwärts also Ueberfluß und billige Preise und hier Mangel und unbegreiflich hohe Preise. Woran mag das liegen?

— Die neuen Höchstpreise für diesjährige Gemüse sind im Anzeigenteile unserer heutigen Nummer bekanntgegeben. Es gelten u. a. folgende Pfundpreise: Spinat 53, Rhabarber 21, Spargel 103—150 Pfennig, Suppenspargel 47 Pfennig, Mairüben ohne Kraut 22 Pfennig. Wer diese Preise im Kleinverkauf an den Verbraucher überschreitet macht sich strafbar.

— Beitrag zur Butterfrage. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde von einem Redner auch die günstige Butterversorgung Hannovers hervorgehoben. In Hannover selbst selbst scheint man anderer Meinung zu sein, denn im Hann. Kurier finden wir folgende Notiz: „Bei der Postagentur in Hasselt ist von dem Gendarmeriewachtmeister ein Wertpaket beschlagnahmt worden, das 30,5 Pfund Butter enthielt, die ein Landwirt nach Köln verschicken wollte". Während die Bezirksfettstelle nicht in der Lage ist, soviel Butter aufzutreiben, daß die geringe Menge von 50 Gramm auf den Kopf in den Städten verteilt werden kann, ist ein einzelner Landwirt imstande, 30,5 Pfund Butter „unter der Hand" und doch wohl zu Wucherpreisen abzugeben. Die Feststellung der Tatsache redet Bände." Was der H. K. hier von der Provinz Hannover sagt, trifft auch auf unsere Provinz zu und schließlich wird es in anderen Provinzen auch nicht anders sein. Große Mengen Butter gehen eben der Allgemeinheit verloren, weil viele Landwirte große Mengen Butter verwuchern an Leute, die zahlen können. Die Butter restlos zu erfassen ist den Behörden eben noch nicht gelungen.

— Die Sommerzeit ist in Paderborn besonders zu verspüren, denn die an sich karge Straßenbeleuchtung wurde anscheinend wieder vollständig eingestellt. Damit treten besonders an den vielen gefährlichen Stellen wieder die unhaltbaren Zustände ein, die einer Stadt in der Größe Paderborns schlecht anstehen. Die Leute die gezwungen sind auch noch abends das Haus zu verlassen, müssen nun wieder tasten und wieder tasten, damit sie mit heiler Haut ihr Ziel erreichen. Auch der Fuhrpark hat bereits „Sommerzeit" für die Müllabfuhr eingeführt. Von jetzt ab wird die Müllabfuhr nur einmal noch in der Woche und zwar Donnerstags erfolgen. Nach den vielen Klagen aus der Bürgerschaft und der Antwort, die der Oberbürgermeister in der letzten Stadtverordnetensitzung auf vorgebrachte Beschwerden über die Müllabfuhr erteilte, muß diese Anordnung überraschen, denn sie wird die Schwierigkeiten der Bürgerschaft, zumald ie Heizzeit noch nicht vorbei ist, statt lindern nur noch mehr steigern. Dazu kommt eine bei uns von Anwohnern der Westernstraße eingelaufene Klage über die Art der Straßenreinigung. Die ganze Straße würde in dichte Staubwolken gehüllt bei dem hier üblichen Fegen ohne Wasser, was weder den Häusern noch der Gesundheit der Passanten und Anwohner zu statten käme. Die Klage ist zweifellos sehr berechtigt. Wir erfüllen gern den Wunsch der betr. Bürger die Stadtverwaltung um Abhülfe zu ersuchen.

* Der Maler-Innungsverband von Rheinland und Westfalen, Sitz Düsseldorf, und der Westdeutsche Malermeisterverband, Sitz Barmen, beschäftigten sich auf ihrem gemeinsamem Verbandstag zu Düsseldorf mit dem Wiederaufbau des zum großen Teiled urch den Krieg zugrunde gerichteten Malergewerbes. Der Verbandstag war sich hierin einig, daß ohne die Selbsthilfe in einer leistungsfähigen Berufs-Organisation ein Wiederaufbau des Handwerks nicht möglich ist. Daneben müssen die Behörden durch Zuweisung von Aufträgen zu angemessenen Preisen und Bereitstellung ausreichender Rohstoffmengen das Handwerk bei seiner Selbsthilfearbeit unterstützen. Der Verbandstag sprach die Erwartung aus, daß die Regierung das schwer um seine Zukunft ringende Handwerk auch in der angegebenen Weise fördern werde.

Von Nah und Fern.

× Minden, 16. April. Eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung des Landschaftlichen Verbandes der Nationalliberalen von Minden-Ravensberg-Lippe-Waldeck sprach sich einstimmig für das gleiche Wahlrecht aus. In einer weiteren öffentlichen Versammlung trat der Reichstagsabgeordnete Stresemann für einen starken Frieden mit Angliederungen und Kriegsentschädigung in Geld oder wirtschaftlichen Leistungen ein und sagte dann u. a.: Kein Kanzler sei weniger abhängig vom Zentrum als Hertling, da dieses ihn, der aus ihren Reihen hervorgegangen sei, nicht stürzen könne. Die Vizekanzlerschaft Payers sei geeignet, in die praktischen Fragen der Kriegsziele manchen Widerstand zu überwinden, was sonst nicht ohne weiteresd möglich sei. Das gleiche Wahlrecht sei nach Lage der Verhältnisse von keiner Macht aufzuhalten. Er hege die bestimmte Hoffnung, daß es doch angenommen werde. Die Illusionspolitik der sonst so real denkenden Großindustrie sei nicht zu begreifen, eine Auflösung des Landtages sei nicht zu verantworten, da sie nur Lloyd George und Clemenceau die größten Dienste erwiesen. Die nationalliberale Partei werde nur mit den Parteien gehen, die für das gleiche Wahlrecht einträten.

†. Osnabrück, 17. April. Im benachbarten Witschen hat ein russischer Kriegsgefangener seine Dienstherrin, die Frau des Anbauers Wilhelm Bultmann, ermordet, indem er ihr mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitt. Darauf beging der Russe Selbstmord.

* Hildesheim, 17. April. Bei einem getöteten Hunde des Hofbesitzers H. Kelpe zu Volkersheim im Kreise Gandersheim ist Tollwutverdacht und bei einem Hunde in Harber im Kreise Burgdorf Tollwut festgestellt.

⊙ Unna, 16. April. Im benachbarten Massen wollte sich der Schmiede- und Schlosserlehrling Wilhelm Zechel, dem Beispiel eines Kameraden folgend, vermittelst der Starkstromleitung „elektrisieren", welchen Versuch er mit dem Tode büßte.

⊶ Bonn, 17. April. In der Sitzung des Kreistages für den Landkreis Bonn wurde mitgeteilt, die Spareinlagen bei der Kreissparkasse seien vom 1. Januar 1917 bis heute von 23 000 000 Mark auf 42 000 000 Mark gestiegen.

Kirchliches.

= **Paderborn**, 16. April 1918. Unerwartet starb gestern der Rektor der Erziehungsanstalt Haus Widey bei Salzkotten, der Jesuitenpater Fretherr Wilhelm von Schorlemer. Eine merkwürdige Fügung der Hand Gottes hatte dem achtundsechzigjährigen Greis nach langen Wanderfahrten in unmittelbarer Nähe seines väterlichen Schlosses einen verklärten Lebensabend beschieden. Wilhelm von Schorlemer war im Jahre 1850 auf Schloß Overhagen bei Salzkotten als Sohn des Freiherrn Friedrich Klemens von Schorlemer und der Freiin Ferdinande, geb. von Fürstenberg, geboren. Nach Vollendung der Gymnasialstudien zu Arnsberg i. W. entschied er sich für die militärische Laufbahn und trat während des deutsch-französischen Krieges als Fahnenjunker beim Königin-Augusta-Regiment zu Koblenz ein. Neun Jahre hatte Wilhelm schon als Offizier gedient, da erfaßte sein edles Herz, dessen Begeisterung für die katholische Kirche durch die Erlebnisse des Kulturkampfes entflammt worden war, der Gedanke, den Degen mit dem Kreuz zu vertauschen. So hatte einst der spanische Ritter Ignatius von Loyola, der heldenmütige Verteidiger der Stadt und Festung Pampelona, gehandelt, der aus einem treuen Soldaten des spanischen Königs ein ruhmreicher Kämpfer und Heerführer unter dem Banner Christi geworden ist. Seinem Beispiele zu folgen, war der Lieblingsgedanke des jungen Offiziers. So ging er zur Theologie über und wurde im Mai 1883 in Fulda zum Priester geweiht. Nachdem er dann zwei Jahre lang als Direktor des Bischöflichen Konvikts gewirkt hatte, trat er 1886 in den Orden der Gesellschaft Jesu ein. Es ward ihm reicher Anteil an deren Arbeiten und Schicksalen. Als erfolgreicher Missionsprediger fand er viel Anerkennung. So lebt z. B. in Bielefeld und manchen anderen Städten noch heute die Erinnerung an Pater von Schorlemer fort. Doch seine vorzüglichen Verwaltungsgaben veranlaßten den Orden, ihm bald die wirtschaftliche Leitung der großen Studienanstalt „Stella Matutina" im österreichischen Städtchen Feldkirch anzuvertrauen, wohin der katholische Adel Deutschlands seit mehr als 50 Jahren mit Vorliebe seine Söhne zu schicken pflegt. Erst als die Last dieser Arbeit die Kräfte seines Alters überstieg, vertauschte Pater von Schorlemer seine Tätigkeit mit ruhigeren Stellungen. Der letzte Schauplatz seines Kriegsdienstes hier auf Erden war die Erziehungsanstalt des Hauses Widey. Der katholische Fürsorgeverein für Frauen und Mädchen in Paderborn hat dort ein blühendes Heim für junge Mädchen gegründet, das von Schwestern aus dem Missionshause Hiltrup geleitet wird. Diesem Hause widmete der Greis die letzten, aber deshalb um so wertvolleren Kräfte des durch die Erfahrung ge-

rzigsten Alters. Seine priesterliche Milde, sein freundliches Wesen, seine herzliche Teilnahme an den Lebensschicksalen aller, mit denen er verkehrte, gewann ihm die Herzen, und der Adel seiner ehrwürdigen Erscheinung wurde verklärt durch die Weihe einer tiefgläubigen, männlich starken Frömmigkeit. R. I. P.

* Rom, 18. April. Jesuitenpater Luigi Rosa, der langjährige Beichtvater des Papstes, ist gestorben.

Halbjahrsbilanz.

Unsere Oberste Heeresleitung ist gelehrig. Die Großbanken, die eben jetzt, eine nach der anderen, ihre Jahresabschlüsse veröffentlichen und dabei Umsätze und Gewinne ausweisen, die sich selbst vor dem anspruchsvollsten Auge sehen lassen können, waren vor einiger Zeit dazu übergegangen, schon von Halbjahr zu Halbjahr über ihren Geschäftsgang zu berichten, um so der Allgemeinheit einen zuverlässigen Einblick in den Stand unserer Wirtschaftslage zu ermöglichen.

In Anlehnung an dieses Verfahren wird dem deutschen Volke jetzt auch eine Rechnung aufgemacht über den Umfang und den materiellen Wert der Beute, um die wir in der Zeit vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 unsere Feinde erleichtert haben. Da marschieren Zahlen auf, denen die Westmächte mitsamt ihren großen und kleinen Mitläufern wahrhaftig nichts an die Seite zu stellen haben. So hören wir z. B. von 20000 Maschinengewehren und 8000 Eisenbahnwagen; jene ein fetter Bissen für den Bedarf des Feldsoldaten, diese eine Wonne für den Chef des Feldeisenbahnwesens, der einen so raschen und so gewaltigen Zuwachs an Frachtraum seinen Beständen gewiß als ein Geschenk des Himmels eingereiht hat. Aber was wollen selbst diese Ziffern bedeuten neben der Tatsache, daß der Wert der Geschütze und Artilleriemunition, die wir in diesem Winterhalbjahr aus der Hand des Gegners empfingen, auf weit über eine Milliarde Mark berechnet werden kann! Wieviele Kriegsgewinnler hätten sich an diesen Aufträgen bereichert, wenn dieses Riesenmaterial in unseren heimischen Werkstätten zu beschaffen gewesen wäre, wieviele Arbeitskräfte haben wir dadurch erspart, daß unsere Feinde die Güte hatten, uns so reichlich mit dem allernotwendigsten Kriegsbedarf zu versehen! Aber auch die ungezählte — weil unzählbare — Beute an Pioniergerät jeder Art, an Handfeuerwaffen, an Gasmasken ist nicht zu verachten, und was uns an Bekleidungs- und Verpflegungsvorräten in Rußland, Italien und Nordfrankreich in die Hand gefallen ist, das läßt sich erst recht nicht abschätzen; man kann nur sagen: es sind abermals Milliardenwerte, um die wir die Kriegsbestände unserer Gegner erleichtert haben. Und auch damit noch nicht genug: Frankreich allein war so freundlich, uns mit Gummi und Kupfer so reichlich zu versorgen, daß unser Heeresbedarf an diesen beiden besonders kostbaren Rohstoffen auf ein volles Jahr gedeckt ist. Kann man noch mehr verlangen? Um den Betrag einer vollen Kriegsanleihe hat die Gesamtbeute dieser sechs Wintermonate die deutsche Heimat von ihrer Beitragspflicht zu den Kriegskosten entlastet, und mit stolzer Genugtuung stellt die Oberste Heeresleitung fest, daß die materielle Kriegführung der Mittelmächte außerordentlich gestärkt in die Sommeroffensive des Jahres 1918 eintreten konnte.

In dem Augenblick also, da wir unsere achte Kriegsanleihe unter Dach und Fach zu bringen im Begriffe sind, können wir vor der Welt die erfreuliche Tatsache enthüllen, daß wir eigentlich schon bei der neunten Kriegsanleihe angelangt sind; nur mit dem kleinen Unterschied, daß diese nicht von den deutschen Steuerzahlern aufgebracht wurde. Auf so viel Entgegenkommen unserer Feinde war wohl kaum jemand unter uns vorbereitet. Es ist auch hier so gekommen, wie in vielen anderen Beziehungen: die Waffe, die sie gegen uns zu schmieden gedachten, hat sich gegen sie selbst gekehrt. Sie glaubten uns aushungern zu können, und wissen nicht mehr, wie sie ihre eigenen Völker ernähren sollen. Sie machten sich anheischig, uns jede Ein- und Zufuhr abzuschneiden, und müssen nun ohnmächtig zusehen, wie ihr Seeverkehr von Woche zu Woche zusammenschmilzt. Sie wollten uns mit der Überfülle ihres in der ganzen Welt hergestellten Kriegsmaterials erdrücken, und müssen nun erleben, wie diese hoch aufgetürmten Schätze unsere Vorratskammern bereichern und zehntausende von fleißigen Händen frei machen für andere Kriegsarbeit. Auf die „Materialschlacht" hatten die Engländer ihre Hoffnung gesetzt, als sie erkannten, daß die Kampfkraft der Menschen, über die sie zu verfügen haben, der preußischen Soldatenschule nicht gewachsen war. Jetzt sind sie auch um diese letzte Hoffnung betrogen worden. Sie werden es nicht schaffen, das ist klar wie die Sonne. Noch eine solche Halbjahrsbilanz wie diese, und das stolze Albion ist verloren, rettungslos verloren!

Letzte Nachrichten.

Entlassung der Landsturmleute.

wtb. Berlin, 17. April. (Amtlich.) **Wie kürzlich bereits mitgeteilt, sind die im Jahre 1869 geborenen auf Grund der Landsturmaufrufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmleute spätestens am 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienste verbleiben wollen. Soweit sich solche Leute vorübergehend zum Beispiel als Urlauber im Heimatgebiet befinden, werden sie von der Verpflichtung zur Rückkehr ins Feld, in die Etappe oder ins besetzte Gebiet entbunden. Sie haben sich alsbald zu der für sie zuständigen Ersatzformation zu begeben, die ihre Entlassung veranlaßt. Die Gemeindevorstände werden ersucht, die ortsanwesenden Urlauber dieses Jahrganges hiervon in Kenntnis zu setzen.**

Ein halbamtliches Dementi.

Berlin, 17. April. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz berichtet über angebliche Rücktrittsabsichten des preußischen Ministers des Innern. Wir stellen fest, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist, und daß die Kombinationen, die die Korrespondenz mit ihrer Nachricht verbindet, jeder Grundlage entbehren.

Moskauer Empfangsvorbereitungen.

Berlin, 17. April. **Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegensehe und alle Anordnungen für ihren Empfang getroffen habe. Die russische Regierung hat für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung gestellt und wird die Mission, die morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Extrazug abholen lassen.**

Reichsrat Graf Preysing gefallen.

München, 17. April. Reichsrat Graf Kaspar v. Preysing, einer der temperamentvollsten Redner der Kammer der Reichsräte, ist in den schweren Kämpfen der letzten Tage als Rittmeister gefallen. Als Parlamentarier stand er auf der äußersten Rechten und gehörte zu den Gründern der Vaterlandspartei.

Burian und Czernin.

Budapest, 17. April. **Die Ernennung Burians wirkte hier überraschend und wird auf einen Vorschlag Czernins, der für Burian eingetreten sei, zurückgeführt. Die Demission des Kabinetts Wekerle ist als eine direkte innerpolitische Folge der Ernennung Burians anzusehen.**

Der österreichische Heeresbericht.

Wien, 17. April. Der heutige Heeresbericht meldet, daß an zahlreichen Stellen der italienischen Front feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen wurden.

Eine Rede Lloyd Georges.

Haag, 17. April. **Im britischen Unterhause erklärte Lloyd George in Beantwortung einer Rede Dillons, daß Irland nicht verlangen könne, bezüglich der Dienstpflicht anders behandelt zu werden als Schottland und Wales. Dillons Behauptung, daß der Krieg erfolgreicher hätte geführt werden können, falle in sich zusammen, wenn man erwäge, daß das große Rußland aus dem Kriege ausgeschieden sei. Eine Regelung der irischen Frage zu aller Zufriedenheit läge wohl allen am Herzen.**

Dünkirchen und Calais bedroht.

Haag, 17. April. Wie aus London berichtet wird, **spricht die englische Presse von der Absicht der englisch-französischen Heeresleitung, Dünkirchen und Calais räumen zu lassen.**

Nach Redaktionsschluß eingegangen.

Nationalliberale Wahlrechtstagung.

TU. Berlin, 18. April. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, hat die nationalliberale Partei Preußens auf den 28. April einen Parteitag einberufen, um zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen.

Neue Schlachttage in Aussicht.

TU Genf, 18. April. Der „Temps" meldet: Die Artillerietätigkeit an der ganzen Front steigerte sich in den letzten 24 Stunden wieder. Wir stehen allem Anscheine nach vor einem neuen Abschnitt der großen Kämpfe.

Rumänien noch Ententeglied?

TU. Zürich, 18. April. Laut Züricher Tages-Anzeiger erklärte Balfour im Unterhause, daß Rumänien nach den zur Verfügung stehenden Nachrichten noch als ein verbündeter Staat zu betrachten sei. Der britische Gesandte in Jassy stehe noch täglich mit dem rumänischen auswärtigen Amt in Verbindung. (Diese Verbindung dürfte lediglich in dem vergeblichen Drängen bestehen, Rumänien zum weiteren Widerstand aufzuhetzen. D. R.)

Die Beschießung von Arras.

eb. Von der Schweizer Grenze, 18. April. Die Pariser Blätter melden aus Arras: Ohne Unterbrechung regnen Granaten auf die Stadt. Nur noch einige Stadtpolizisten und wenige Zivilisten sind in der Stadt zurückgeblieben.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.

Preise für inländisches Gemüse der Ernte 1918.

Auf Grund der §§ 5 und 7 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. 307) und der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst erteilten Ermächtigung sind von der Westfälischen Preisbildungsstelle bis auf Weiteres folgende Preise für Frühgemüse festgesetzt:

I. Erzeugerpreise.

Für den Verkauf durch den Erzeuger gelten die unten unter V in Spalte 1 aufgeführten Erzeugerpreise.

II. Groß- und Kleinhandelspreise.

Beim Verkauf durch Großhändler an andere Händler dürfen die unten unter V in Spalte 2 angegebenen Großhandelspreise, beim Verkauf durch Kleinhändler an Verbraucher die in Spalte 3 angegebenen Kleinhandelspreise nicht überschritten werden; dies gilt auch für den stückweisen Verkauf.

III. Bedeutung der Preise.

Die Preise (I und II) sind Vertragspreise gemäß §§ 4 und 5 der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst genehmigten Anbau- und Lieferungsverträge über Frühgemüse.

Gemäß §§ 5 und 14 der Verordnung über Gemüse vom 3. 4. 1917 (R. G. Bl. 307) gelten sie auch für die nicht durch solche Verträge gebundene Ware, also allgemein für alles Frühgemüse als Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R. G. Bl. 516) mit den Aenderungen der Bekanntmachung vom 21. Januar 1915 (R. G. Bl. 25), 23. März 1916 (R. G. Bl. 183) und 22. März 1917 (R. G. Bl. 253). Nach Maßgabe dieser Bestimmungen sind Ueberschreitungen der in dieser Verordnung festgesetzten Preise strafbar.

IV. Abweichungen für nicht vertragsmäßig gebundenes Gemüse.

1. Verkauft der Erzeuger an den Kleinhändler unter Uebernahme der Kosten und Gefahr der Versendung bis zum Bestimmungsort, so kann er den in Spalte 2 enthaltenen Preis verlangen. Den gleichen Preis kann der Erzeuger beanspruchen, wenn er die Ware von seinem Hofe oder im Felde im Kleinverkauf unmittelbar an den einzelnen Verbraucher in Mengen bis zu 1 Zentner abgibt.

2. Verkauft der Erzeuger an den Verbraucher unter Uebernahme von Kosten und Gefahr der Versendung bis zum Bestimmungsort, so darf er den in Spalte 3 enthaltenen Preis verlangen.

3. Kommunalverbände können niedrigere Groß- und Kleinhandelspreise festsetzen, insbesondere für einzelne Gemüsearten und für bestimmte Zeit.

4. Es bleibt vorbehalten, einzelnen Kommunalverbänden, deren Märkte gleichzeitig mit in- und ausländischem Gemüse beliefert werden, auf Antrag die Ermächtigung zu verleihen, für das in- und ausländische Gemüse als Groß- und Kleinhandelspreise besondere Durchschnittspreise festzusetzen.

V. Preisverzeichnis.

Gemüseart:	Pfennig je Pfund 1	2	3
Spargel 1. unsortiert	66	79	103
2. sortiert I	96	115	150
3. „ II und III	66	79	103
4. Suppenspargel	30	36	47
Rhabarber	14	16	21
Spinat	34	41	53
Erbsen	42	50	65
Bohnen:			
1. grüne Bohnen (Stangen-, Busch-)	36	43	56
2. Wachs- und Perlbohnen	48	57	75
3. Puff-(Sau-)Bohnen	24	29	38
Möhren und längliche Karotten mit Kraut vom 1. Juni 1918 ab	15	17	23
ohne Kraut vom 1. Juni 1918 ab	24	29	38
Mairüben ohne Kraut	15	17	22
Karotten, runde kleine mit Kraut	24	29	38
„ „ „ ohne Kraut	36	43	56
Kohlrabi vom 10. Juni 1918 ab	26	31	41
Frühweißkohl vom 20. Juni 1918 ab	18	21	28
Frühwirsing und Frührotkohl	22	26	34
Frühzwiebeln mit Kraut	36	43	56
Tomaten	38	46	60

Herford, den 8. April 1918.

Westfälische Provinzialstelle für Gemüse und Obst.
v. Borries.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf Ziffer 3 der Verfügung des stellv. Generalkommandos Abwehr V Nr. 5613 vom 31. Dezember 1917 wird hiermit für Angaben, die zur Feststellung von Taubenschützen führen, so daß deren strafrechtliche Aburteilung erfolgen kann, eine Belohnung von Mk. 20.— ausgesetzt.

Anträge auf Auszahlung dieser Belohnung sind an das stellv. Generalkommando VII. A. K. zu Abw. V Nr. 9900 vom 12. April zu richten.

Münster, den 12. April 1918.

Der kommandierende General:
Frhr. von Gayl.

Bekanntmachung.

Sondervergütung f. Strohablieferung

Erzeuger, die mehr als die Hälfte der von ihnen nach der Verordnung vom 2. August 1917 und der Verordnung vom 29. Januar d. Js über die Ablieferung von Stroh (R.G.Bl. S. 44) aufzubringenden Strohmengen abgeliefert haben, oder bis 30. April d. Js. einschließlich abliefern, kann auf Antrag für jede mehr gelieferte Tonne Stroh neben dem nach § 4 der Verordnung vom 2. August 1917 festgesetzten Höchstpreise eine besondere Vergütung von 40.— Mark gewährt werden. Begründete Anträge (unter Beifügung der Ablieferungsscheine des Kgl. Proviantamtes und vollständiger Adressenangabe) für erfolgte Lieferungen sind schriftlich bis zum 25. April d. Js. und für Lieferungen, die noch bis zum 30. April d. Js. erfolgen, spätestens am Tage der Lieferung schriftlich beim Unterzeichneten einzureichen.

Paderborn, den 16. April 1918.

Der Landrat.

Großbetrieben,
Zechen, Fabriken, Werkstätten, Lazaretten, Erholungsheimen, Anstalten, Hotels, Kaffees, Kantinen usw. empfehlen wir in Ermangelung von
prima Fett-Seifen
unsere wirklich brauchbaren und vielbegehrten
parfümierten Toiletten-Waschmittel.
Bevor Sie kaufen, prüfen Sie erst Qualität mit meinem Probekarton von 20 Toilettenstücken gegen Nachnahme von 6.80 Mk. Feldsendungen nur geg. Voreinsend. d. Betrag.
Versandhaus Gebr. Hochheimer, Kamen i. W.
Bankkonto: Gewerbebank Kamen. — Vertreter überall ges.

Saatkartoffeln:
Gelbe Industrie,
Magnum Bonum,
Prov. Woltmann,
sowie
frühe Paulsjuli
und Perfekta
offeriert gegen Saatkarte
Landwirtschaftlicher Kreisverein Paderborn.

Hafer,
Gerste,
Weizen,
Ackerbohnen,
graue Erbsen,
Wicken
gegen Saatkarte billigst.
Gelbblühende
Lupinen
treffen in den nächsten Tagen ein.
Landwirtschaftlicher Kreisverein, Paderborn.

Achtung!
Treffe Freitag mit hiesigem frischen
Spinat u. Rhabarber
zum Wochenmarkt in Lippspringe ein.
Josef Schrage, Paderborn, Telephon 372.

Hilfsbank Sulzbach i. Oberpf.
gibt jed. neu aufgenommene Mitglied Darlehen b. 2000 M.

Ihre Drucksachen
werden in der Buchdruckerei des
Paderborner Anzeigers
schnell, billigst und in moderner Ausstattung hergestellt.
Bestellungen werden in d. Geschäftsstelle des
Paderborner Anzeigers, Bahnhofstr.
entgegen genommen.

Ia seidefreien
Rotklee
billigst
Landwirtschaftlicher Kreisverein, Paderborn

Reparaturen
an Jagdgewehren, Fahrrädern und Nähmaschinen werden gut und billig ausgeführt.
Spiralfedern und Hohlschleifung mit Federn äußerst billig und sofort lieferbar.
W. Schnitz,
Paderborn, Königstr. 3.

Nr. 92

Po

Amtli

Der Paderborner ... tagen. — Bezugsgebracht 65 Pfg., durch den Briefträ... Anzeiger werden ... des Kgl. Landrat... — — — Magi...

Redaktion Bahnhofs...

Ne

Wenn Ho...

Den brutale... niederländische ... kleines Volk die ... muß: an Verwah... aber die schönen ... unserer Feinde üb... mit derselben Reg... Wirtschaftsabkom... neuerung wird ve... dingungen auch i... Kali und Farbsto... wir darauf beste... Mengen bestimm... Vertragsgeschäfte ... Umständen einla... Anstrengungen ... zu machen, so dü... sie überhaupt zu ... Wenn im Haag ... gekommen sind, ... verhältnissen in ... wir gut daran ... Gewicht beizuleg... Entente sich gar... in Bewegung zu ... versprechen kann. ... über die Leistung ... sollten sie selbst ... Bürgern etnige ... weise zuzumuten ... das ein auf sein... allgemeiner Not ... gegeben werden ... Aber freilich ... Holland zum äu... bloßen Verhandl... sie es doch dar... Man denke, wie... Augenblick die ... Bundesgenossen ... den Landkrieg er... Armee auch nic... doch ihrer zahl... unterschätzenden ... unserer Nordflank... und überdies e... gebiet an der ... genützt lassen w... Schiffsraum, de... jetzt geborgen w... darauf gefaßt sei... mitteln aufhört, ... nach britischem ... haben in diesem ... geblickt und un... Zweifel auch, d... Feinden übergin... nicht das mindes... eine neue Verm... kommen sein ka... unsere Kräfte ... müssen als bish... gegen unser Leb... Aber noch i... in einem engen ... suchen. Sollen ... einem solchen G... militärischen Kr... Ostfront abgeb... verloren zu we... Übertritt Holla... für die deutsch... wären auch in ... neuen Bundes... ländern von ... noch aus un... schließlich auch ... einem europäi... möglichst ungef... Fülle von Bel... leichterungen ge... daß für uns nu... Niederlande in ... deckt sich mithin ... wenigen der klei... Gegenseite mit ... Vergewaltigung ... holländische Reg... im Auge behäl... Weges, den sie ...